

– DER PRESSESPRECHER –

Richter am Amtsgericht Dirk Simon
Amtsgericht Stralsund • Bielkenhagen 9 • 18439 Stralsund

Telefon: 03831 - 257460 • Mobil: 0176 - 48197332
E-Mail: simon@richterbund.info oder pressearbeit@richterbund.info

P R E S S E M I T T E I L U N G

Gemeinsame Pressemitteilung von Richterbund M-V und Verein „Pro Justiz“ vom 30.01.2015

**Begleitet von Protesten gegen die Gerichtsreform schließt
am 02. Februar 2015 das Amtsgericht Neustrelitz.**

**Richterbund M-V und der Verein „Pro Justiz“ fordern eine
flächendeckende Präsenz von Polizei und Justiz.**

Neustrelitz. Während in Schwerin die Justizministerin die Zerschlagung der Gerichtsstruktur verteidigt, der Innenminister moderne Ermittlungsmethoden und Strafverschärfung bei Einbruchsdiebstählen fordert und Mitarbeiter aus Ministerien und Staatskanzlei abertausende Stimmen des Volksbegehrens gegen die Gerichtsstrukturreform zählen, schließt dem Willen von SPD und CDU folgend am 02.02.2014 das Amtsgericht Neustrelitz und wird Zweigstelle des 45 Kilometer entfernten Amtsgerichts Waren.

Damit der eigenständige Gerichtsstandort nicht sang- und klanglos von der Bildfläche verschwindet, veranstalten die Reformgegner am kommenden Montag in Neustrelitz ab 15:30 Uhr zunächst einen Schweigemarsch vom Gericht zum Markt um anschließend vor dem Rathaus umso lauter zu protestieren. Neben anderen werden Bürgermeister Andreas Grund und der Vorsitzende des Vereins „Pro Justiz“ Dr. Axel Schöwe auf die fatalen Folgen eines Rückzugs der Justiz aus der Fläche hinweisen.

Rätselhaft bleibt auch die kostspielige Sitzverlagerung des Landessozialgerichts von Neubrandenburg in das für die Mehrzahl der Rechtsuchenden schlechter erreichbare Neustrelitz.

„Diese Sitzverlegung dürfte als „Kompensationsgeschäft“ Voraussetzung für die Zustimmung des Neustrelitzers Lorenz Caffier und seiner CDU zu der von Erwin SELLERING und seiner SPD erfundene Gerichtsreform sein.“ vermutet Verbandssprecher Dirk Simon.

Obwohl sich der Landtag aufgrund des Volksbegehrens mit ziemlicher Gewissheit erneut mit dem Gesetz befassen wird und obwohl die Entscheidung über den Bestand des Reformvorhabens mit gleicher Gewissheit erstmals in der Geschichte Mecklenburg-Vorpommerns in einem Volksentscheid getroffen wird, lehnen es die Landtagsabgeordneten von SPD und CDU immer wieder ab, den Reformvollzug zumindest bis zum Ergebnis des Volksentscheids auszusetzen.

Die Folgen des Verlustes einer flächendeckenden Präsenz zeigen sich dabei deutlich bei der Polizeireform. „Wenn der Innenminister nun lautstark härtere Strafen für Einbruchsdiebstahl fordert, dann will er damit nur seine eigene Verantwortlichkeit für die dauerhafte Überlastung der Polizei überdecken, die aufgrund von Stellen- und Standortstreichungen kaum noch in der Lage ist, ihre Aufgaben zu erfüllen.“ erklärte Simon weiter. „Einbruch- und Bandendiebstahl können immerhin mit bis zu 10 Jahren Freiheitsstrafe geahndet werden. Abhilfe gegen die Zunahme von Einbruch- und Bandendiebstählen kann deshalb nicht mit einer Erhöhung des Strafrahmens erreicht werden, sondern nur mit einer flächendeckenden Präsenz von Polizei und Justiz.“ meinen Richterbund M-V und Verein „Pro Justiz“ zur Bayerischen Bundesratsinitiative für Strafverschärfung bei Einbruchsdelikten.